



Kommunalpolitische Positionen der IHK Mittlerer Niederrhein für Neuss

Kommunale Kosten und Leistungen:

Unsere Forderungen:

Wettbewerbsfähige Grund- und Gewerbesteuerhebesätze

Die Stadt Neuss hat weiterhin mit 455 Punkten einen höheren Gewerbesteuerhebesatz als die benachbarte Landeshauptstadt Düsseldorf. Die Kommune sollte perspektivisch daran arbeiten, den Satz zu senken. Beim Grundsteuerhebesatz hat Neuss das Modell eines einheitlichen Hebesatzes gewählt. Das sollte beibehalten werden. Bei differenzierten Grundsteuerhebesätzen werden Nicht-Wohngebäude höher besteuert als Wohngebäude. Damit müsste die Wirtschaft – gemessen am Grundstückswert – höhere Grundsteuern zahlen.

Höhe öffentlicher Gebühren dürfen nicht zum Wettbewerbsnachteil von Unternehmen werden

Die Gebühren (z.B. Abwasser) am Mittleren Niederrhein sind im Bundesvergleich überdurchschnittlich hoch. Das ist ein Wettbewerbsnachteil für die Unternehmen. Gebühren sollen kostendeckend sein. Deswegen gibt es im Einzelfall auch gute Gründe für hohe Gebühren. Die Daten deuten darauf hin, dass die Gebührenzahler häufig die kommunalen Haushalte quersubventionieren. Das sollte zukünftig vermieden werden.

RAL-Gütezeichen Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung – Zertifizierung beantragen

Das RAL-Gütezeichen Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung ist ein gutes Signal nach außen, um die Wirtschaftsfreundlichkeit der Mitarbeiter zu dokumentieren. Die Unternehmen beklagen unter anderem, dass Prozesse zu langsamen Entscheidungen führen. Die Stadt Neuss sollte dem Verein Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung beitreten und eine Zertifizierung mit dem RAL-Gütezeichen beantragen.

Es braucht eine „Fast Lane“ für die Wirtschaft!

Es braucht eine „Fast Lane“ in der Verwaltung für wirtschaftliche Belange – z.B. im Bauamt. Die Unternehmen sind von der Bürokratie durch die EU und den Bund gelähmt. Verwaltungen, die ihren lokalen Unternehmen, einen schnelleren Zugang bieten, sorgen damit für einen Standortvorteil ihrer Wirtschaft.

Personelle und finanzielle Ausstattung in wirtschaftsnahen Bereichen sicherstellen

In allen wirtschaftsnahen Bereichen der Neusser Verwaltung sollte die personelle Ausstattung sichergestellt werden. Die Bereiche müssen personell quantitativ und qualitativ gut besetzt sein, um die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen.

Starke Wirtschaftsförderungen notwendig

Auch das Amt für Wirtschaftsförderung sollte auch über ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen verfügen. Die Wirtschaftsförderung ist zwar haushaltstechnisch eine freiwillige Leistung, aber es sind insbesondere die Unternehmen, die durch Gewerbesteuerzahlungen und Arbeitsplätze für die finanzielle Stabilität einer Kommune sorgen. Dabei sollte eine Hauptaufgabe immer sein, dass die Mitarbeitenden die Brücke zwischen der Wirtschaft und weiteren Einheiten der Kommunalverwaltung sind. Die Wirtschaftsförderung sollten das Angebot vorhalten, Unternehmen mit einem Anliegen, das auch andere Ämter (Ordnungsamt, Bauamt, Integrationsamt) betrifft, innerhalb der Verwaltung zu vermitteln – im Sinne einer One-Stop-Agency. Das führt dazu, dass der Unternehmer nur einen Ansprechpartner hat. Die Wirtschaftsförderung sollte die Unternehmen auf dieses Angebot aufmerksam machen (beispielsweise durch ihre Homepage, Unternehmensbesuche, Unternehmerfrühstücke). Das Angebot sollte im Besonderen Existenzgründer und ansiedlungsinteressierte Unternehmer ansprechen.

Kundenfreundliche Kommunikation der Verwaltung - Dienstleistungsmentalität der Mitarbeitenden in der Stadtverwaltung verbessern

Es ist wichtig, dass Unternehmerinnen und Unternehmer mit einem Anliegen, zeitnah eine Rückmeldung zu ihrem Anliegen erhalten. Die Betriebe fordern, dass sie nicht nur zu hören bekommen, dass etwas nicht geht, sondern auch wie etwas gehen könnte. Die Dienstleistungsmentalität der Mitarbeitenden muss weiter erhöht werden.

Digitalisierung der Verwaltung vorantreiben – KI nutzen.

Die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen ist essenziell. Der Geschäftsverkehr zwischen der Kommune und Unternehmen muss – soweit dem im Einzelfall überörtliche Regelungen nicht entgegenstehen – komplett digital ermöglicht werden. Auch die sinnvolle Nutzung von KI sollte vorangetrieben werden – etwa wenn es um Feststellungen geht, ob Unterlagen vollständig sind oder ähnliches.

Maximale Dauer von 40 Arbeitstagen bei Plan- und Genehmigungsverfahren bei vollständigen Unterlagen

Bei nicht vollständigen Unterlagen sollte kurzfristig eine Rückmeldung der Behörde an den antragstellenden Unternehmer erfolgen, um auf die fehlenden Unterlagen hinzuweisen. Bei vollständigen Unterlagen sollte eine Bearbeitung und Entscheidung innerhalb von 40 Arbeitstagen möglich sein.

Gewerbeflächen: Überblick und Austausch mit Akteuren

Die Kommunalverwaltungen sollten einen Überblick über freie private und kommunale Gewerbeflächen und Gewerbeobjekte sowie einen Überblick über aktuell nicht genutzte Brachen vorhalten. Hierzu sollten sich die Verwaltungen regelmäßig mit Flächen- und Immobilienentwicklern aus der Region austauschen. Ansiedlungsinteressierten Unternehmen sollte innerhalb von 24 Stunden eine erste Rückmeldung auf eine Anfrage sowie innerhalb der ersten fünf Arbeitstage eine qualifizierte Antwort gegeben werden können. Darüber hinaus sollte bei Bedarf sogleich ein erster Gesprächstermin angeboten werden.

Rechnungen zügig begleichen

Alle Kommunen sollten fällige Rechnungen der von ihnen beauftragten Unternehmen innerhalb von 15 Arbeitstagen begleichen. Dies ist ein Zeichen für die Wertschätzung gegenüber den Unternehmen.

Haushaltskonsolidierung durch Aufgabenkritik

Die Haushaltslage der Stadt Neuss bleibt herausfordernd, obwohl die Steuereinnahmen so – gemessen an der Zahl der Einwohner – so hoch ist wie in keiner anderen Kommune am Mittleren Niederrhein. Die Stadt hat ein Ausgabenproblem. Wenn nicht auf der Ausgabenseite entgegengesteuert wird, werden die Probleme in den kommenden Jahren zunehmen. Mit Blick auf die zu erwartenden Finanzierungsprobleme müssen Städte und Gemeinden insbesondere ihre Ausgaben reduzieren. So sollten sie weiterhin eine Aufgabenkritik betreiben und bei ihren Pflichtausgaben die Standards überprüfen. Dies sollte allerdings nicht zu einem undifferenzierten Personalabbau führen. Ausreichend personelle Ressourcen sollten vor allem auch in den Bereichen der Stadtverwaltung vorhanden sein, die für die Standortqualität des Wirtschaftsstandorts wichtig sind. Dadurch lassen sich Gewerbesteuererträge generieren. Wird die Wirtschaft vor Ort gestärkt, lassen sich langfristig auch freiwillige Ausgaben besser finanzieren. Klar ist auch: Die Ausweisung von weiteren Gewerbeflächen ist perspektivisch die beste Haushaltspolitik.

Kommunaler Haushalt: Mehr Investieren, weniger konsumtive Ausgaben

Neuss ist eine steuerstarke Kommune. Doch jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Dabei sollte klar priorisiert werden. Investitionen in die Infrastruktur (z.B. kommunale Straßen, digitale Infrastruktur, Schulen) sollten konsumtiven Ausgaben vorgezogen werden. Ausschüttungen von kommunalen Unternehmen sollten nicht zur Deckung des Fehlbetrags genutzt werden, sondern müssen in die Infrastruktur investiert werden.

Interkommunale Kooperation vorantreiben

Die interkommunale Kooperation am Mittleren Niederrhein sollte weiter ausgebaut werden. Nicht nur eine systematische Aufgabenkritik trägt dazu bei, dass Kommunen sparen. Auch weitreichendere interkommunale Kooperationen können helfen, Kosten zu senken. Indem einzelne Gemeinden bestimmte Aufgaben auslagern, können sie sich sachlich, thematisch



Industrie- und Handelskammer
Mittlerer Niederrhein

und personell spezialisieren. Das spart Geld. Zugleich werden Vorgänge entbürokratisiert. Letztlich führt eine solche kommunale Kooperation zu einer kundenfreundlicheren und kompetenteren Verwaltung.

ENTWURF



Infrastruktur (Gewerbeflächen, Verkehr, Digitales, Energie)

Unsere Forderungen für Neuss:

Gewerbe- und Industrieflächenangebot in Neuss sichern und ausbauen

Produktionsunternehmen aus Neuss suchen vergeblich nach Gewerbe- und zunehmend auch nach Industriestandorten. In Neuss nehmen die klassischen Gewerbe- und Industrieflächen 7,1 % (709 Hektar) der gesamten Stadtfläche in Anspruch (Stichtag 31.12.2023). Das sind weniger Flächen als für Sport-, Freizeit und Erholung mit 8,9 %.

In den vergangenen zehn Jahren wurden über 20 Hektar Gewerbe- und Industrieflächen planerisch aufgegeben. Diesen Trend bestätigt auch die Flächenstatistik von IT.NRW. Hier ist in der Statistik aus dem Jahr 2023 ein Verlust von 51 Hektar für Neuss verbucht worden.

Die Stadt Neuss steht vor der Herausforderung, ihr Gewerbe- und Industrieflächenangebot nachhaltig zu sichern und auszubauen, um den Bedarf der nächsten Jahrzehnte zu decken und die Attraktivität für Unternehmen zu erhalten. Der aktuell prognostizierte Flächenbedarf von über 100 Hektar in den kommenden 20 Jahren unterstreicht die Dringlichkeit dieses Anliegens. Im Flächennutzungsplan und in Bebauungsplänen müssen neue marktfähige Gewerbe- und Industrieflächen in einer wahrnehmbaren Größe ausgewiesen werden.

Vorhandene Gewerbe- und Industriestandorte müssen langfristig erhalten bleiben. Damit können neue Flächeninanspruchnahmen auf ein notwendiges Maß beschränkt werden. Die Instrumente der verbindlichen Bauleitplanung sollten genutzt werden, auch um heranrückende schutzwürdige (Wohn-)Nutzungen zu unterbinden.

In Neuss gibt es zudem einen Bedarf an Flächen für kleine und mittlere Handwerksbetriebe sowie handwerksnahe Dienstleister. Mischgebiete sowie Urbane Gebiete sollten daher dazu genutzt werden, einen hohen Anteil bezahlbarer gewerblicher Flächen bereitzustellen. Die Aufteilung der Gewerbe- und Wohnbauflächen in den gemischten Gebieten muss so gestaltet werden, dass immissionsschutzrechtliche Konflikte von vornherein vermieden und eine wirtschaftlich erfolgreiche Entwicklung der Betriebe eingeleitet wird.

Neben der verbindlichen Bauleitplanung für neue Potenzialflächen und reaktivierbare Altflächen ist zudem eine frühzeitige Ankaufspolitik notwendig. Dazu gehört auch der vorausschauende Kauf von Kompensations-, Verkehrs- sowie Ver- und Entsorgungsflächen.

Unternehmen benötigen Planungs- und Investitionssicherheit. Dazu kann ein klares Bekenntnis der Neusser Politik beitragen, in dem bestimmte Flächen dauerhaft als Gewerbe- und Industriestandorte benannt werden.

Neusser Hafen dauerhaft sichern

Der Neusser Hafen ist ein landesbedeutender Standort für trimodale Logistik. Dort sollten weiterhin vorrangig Flächen für Industrie- und Logistikbetriebe reserviert werden. Nachnutzungen von aufgegebenen Flächen im Hafen müssen sich an der besonderen Funktion des Hafens orientieren.

Bei Planungen innerhalb des Hafens und in dessen Umfeld müssen die Funktion des Hafens und seine Entwicklungsmöglichkeiten beachtet werden. Sie dürfen sich weder tatsächlich noch rechtlich nachteilig auf den Hafen auswirken.

Bei den anstehenden Neubebauungen im Bereich des ehemaligen Pierburg- und des ehemaligen Werhahn-Geländes müssen die Belange des Hafens vorrangig berücksichtigt werden. Entlang der Hammer Landstraße und auf dem Wendersplatz dürfen keine neuen Wohnnutzungen entstehen. Umplanungen in diesen Bereichen sollten Raum für Gewerbe und Kultur bieten. Der Bereich sollte ein städtebaulich attraktives Eingangstor für die Neusser Innenstadt bilden.

Aufgrund der exponierten Stellung erfordern Hafenbereiche eine resiliente, multimodale und zudem schwerlastfähige Verkehrsanbindung. Bestehende Engpässe gilt es zu beseitigen.

„Silbersee“ als trimodalen Industriestandort ausbauen

Das interkommunale Industriegebiet Dormagen/Neuss „Silbersee“ ist im Regionalplan Düsseldorf als Sonderfläche für den überregionalen Bedarf mit der Zweckbindung für kombinierten Güterverkehr dargestellt. Diese Fläche bietet den im IHK-Bezirk einzigartigen Vorteil, die drei Module Straße, Schiene und Wasser zu nutzen. Sie sollte entsprechend entwickelt und für Unternehmen reserviert werden, die diese Infrastruktur benötigen.

AK Neuss West

Die aktuelle Verkehrslage zeigt schon jetzt, dass die Anschlussstelle Neuss-West in den Hauptverkehrszeiten überlastet ist. Mit dem Umbau der Autobahnen im Braunkohleabbaugebiet wird sich der Druck noch deutlich erhöhen. Wir fordern den Ausbau der Anschlussstelle Neuss-West und des Westrings Neuss in Richtung Süden.

Erftsprung

Umsetzung des Projektes Erftsprung zur schienenseitigen Optimierung und Sicherung der Anbindung des Neusser Hafengebietes. Das Projekt steigert die Umschlagskapazitäten, sichert die effiziente Abwicklung der Güterverkehrszüge und steigert die Resilienz der Anbindung und des Hafens insgesamt.

Josef-Kardinal-Frings-Brücke

Aufgrund des maroden Zustandes ist die Josef-Kardinal-Frings-Brücke nicht für den Schwerlastverkehr nutzbar. Ein Ersatzneubau im Bereich der Josef-Kardinal-Frings-Brücke muss schnellstmöglich angegangen und realisiert werden. Gleichzeitig gilt es die eingeschränkte Nutzbarkeit der Bestandsbrücke sicherzustellen.

Fleher Brücke

Die Fleher Brücke ist marode. Ein sukzessiver Neubau ist ab 2029 geplant. Eine zügige, aber im Kontext der insgesamt fragilen Brückenlandschaft angemessene und abgestimmte Umsetzung der Maßnahme wird erwartet.



Theodor-Heuss-Brücke

Die Rheinquerung über die Theodor-Heuss-Brücke auf Düsseldorfer Stadtgebiet ist für Schwerlastverkehre über 30t gesperrt. Als Verbindungsachse der Autobahn 52 erfüllt sie eine wichtige überregionale Funktion. Wir erwarten den avisierten Neubau zügig und koordiniert im Kontext der insgesamt fragilen Brückenlandschaft zu realisieren.

Durchgehende Erweiterung der A44 / A46

Die Verkehrsinfrastruktur muss an die Anforderungen angepasst werden. Wir fordern eine Kapazitätserweiterung der Autobahn 46 und der Autobahn 44 zwischen Neuss und Aachen.

City Hubs für Mönchengladbach einrichten

Die Zunahme von Lieferverkehren verschärft die bereits angespannte Verkehrssituation in Städten. Kleinere Lieferfahrzeuge und Lastenfahrräder in Kombination mit innenstadtnahen Verteilzentren, die von allen Anbietern genutzt werden, können zur Entlastung beitragen.

Flächendeckender Breitbandausbau und leistungsfähige Mobilfunknetze

Eine leistungsstarke digitale Infrastruktur, insbesondere ein flächendeckender Breitbandausbau, ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung der digitalen Transformation sowie für die Entwicklung KI-gestützter Geschäftsmodelle. Für Unternehmen ist sie Grundlage für eine reibungslose Abwicklung ihrer Geschäfte. Bedeutende Voraussetzung für Zukunftstechnologien, wie beispielsweise das autonome Fahren, ist das leistungsfähige Mobilfunknetz. Gewerbe- und Industriestandorte sollten beim Ausbau mit Priorität behandelt werden. In Neuss insgesamt hat sich die Lage zwar verbessert, aber Ortsteile wie zum Beispiel Derikum sind weiterhin unterversorgt.

Industriestandort

Neuss ist Industriestandort. Die verarbeitenden Unternehmen sind eine Stütze des Wohlstands der Seidenstadt. Deswegen sind die Anforderungen der Industrie an die Kommune im Besonderen zu berücksichtigen. Die Akzeptanz der Bevölkerung ist ein wichtiger Standortfaktor für die Industrieunternehmen. Akzeptanz von und Begeisterung für Industrie sollten von der gesamten Stadtgesellschaft und damit auch von der Kommunalpolitik und -verwaltung vorgelebt werden. Sorgen und Ängste von Bürgern dürfen nicht abgetan werden. Aber Kommunalpolitik hat die Aufgabe, diese Sorgen korrekt einzuordnen und – bei aller berechtigten Berücksichtigung von Einzelinteressen – das Gemeinwohl im Blick zu haben.

Gewerbegebiete: ÖPNV und Parkplatzsituation verbessern

Es pendeln täglich knapp 65.000 Einpendler in die Stadt. Selbst mitarbeiterstarke Gewerbeareale leiden unter schwacher bis nicht vorhandener ÖPNV-Anbindung. Für diese, aber auch für Gewerbegebiete im ländlichen Raum gilt es adäquate, zukunftssichere Mobilitätsalternativen (z.B. On-Demand-Systeme) zum Auto zu finden. Dies gilt insbesondere



Industrie- und Handelskammer
Mittlerer Niederrhein

für Neuss und hier im Speziellen das Gewerbegebiet am Hafen. Schließlich gibt es in vielen Gewerbegebieten auch eine zu geringe Zahl an Parkplätzen.

Strukturwandel in interkommunaler Zusammenarbeit begleiten

Auslöser des Strukturwandels im Rheinischen Revier ist der beschleunigte Ausstieg aus der Kohleverstromung. Der Strukturwandel ist eine Generationenaufgabe, bei der gemeinschaftliches Handeln notwendig ist. Wir unterstützen vor diesem Hintergrund interkommunale Zusammenarbeit zur positiven Gestaltung des Strukturwandels. Das Rheinische Revier bekommt umfangreiche Strukturmittel in Aussicht gestellt. Es müssen gemeinsam Projektideen entwickelt und qualifiziert werden, um von den Strukturmitteln bestmöglich zu partizipieren. Wir fordern und unterstützen sämtliche Aktivitäten zur Schaffung neuer Wertschöpfung und neuer Arbeitsplätze im Rheinischen Revier.

Ausbau der Windenergie vorantreiben

Um den Ausbau der Windenergie voranzutreiben, sollte geprüft werden, ob die Flächenpotenziale aus der LANUV-Studie als Windenergieflächen ausgewiesen werden könnten.



Handel, Innenstadt und Ortskerne, Aufenthaltsqualität

Für Neuss ist wichtig:

Bahnhofsumfeld entwickeln

Waren früher die Stadttore die Visitenkarte einer Stadt, so sind es heute die Bahnhöfe bzw. Zufahrtsstraßen in die Innenstadt. Aufbauend auf einem umfangreichen Beteiligungsprozess hat die Stadt Neuss im Jahr 2019 ein Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK) für das Bahnhofsumfeld erstellt. Dies ist zu begrüßen. Der Umsetzungsprozess wird bis zum Jahr 2030 fort dauern.

Landesgartenschau ist Chance für Stärkung der weichen Standortfaktoren

Perspektivisch dürfte die Ausrichtung der Landesgartenschau (LAGA) im Jahr 2026 zu einer Attraktivierung der weichen Standortfaktoren führen. Die IHK Mittlerer Niederrhein begrüßt die Entscheidung der Landesregierung, der Stadt Neuss den Zuschlag für die Austragung zu geben. Die Ausrichtung der Landesgartenschau ist für den Wirtschaftsstandort Neuss und darüber hinaus eine große Chance – sie wird das Standortimage stärken und mehr Gäste in die Stadt bringen, weswegen wir die Bewerbung der Stadt unterstützt haben. Bei der Umsetzung sollte die Neusser Wirtschaft mitgenommen werden. Zudem besteht die große Chance, das LAGA-Gelände und die Innenstadt miteinander zu verbinden. Sorgt man in dieser Zeit für eine besonders gute Aufenthaltsqualität in der Innenstadt, könnte dies für die Neusser Innenstadt auch nachhaltige Effekte haben.

Innenstadt: Parkflächen müssen vorhanden sein

Sehr positiv ist, dass die Stadt Neuss in der vergangenen Wahlperiode ein Leitbild für die Innenstadt vorgelegt hat. Angesichts der wachsenden Unzufriedenheit mit der Innenstadt ist dies ein richtiges Vorgehen. Es berücksichtigt die wichtigsten Faktoren für eine erfolgreiche und zukunftsfähige Innenstadt. Geklärt werden sollte, inwieweit eine autofreie Altstadt zu Problemen bei den ortsansässigen Unternehmen führen kann. Auch können zentrale Lieferservices und Abgabe-/Packstationen für Einkäufe das Besucheraufkommen steuern und lenken. Zentrales Parken und kurze Wege sind für Kunden/Besucher nach wie vor ein wichtiges Kriterium. Ausreichend Parkflächen sollten zumindest im näheren Umfeld des Hauptzentrums vorhanden bleiben. Schon heute wird das Parkplatzangebot kritisch bewertet.

Wichtige innerstädtische Straßen müssen ihren Zweck im innerstädtischen Verkehrssystem weiter erfüllen

Die innerstädtischen Straßenverhältnisse gehören im Vergleich zu den anderen Oberzentren in der Region eher zu den Standortvorteilen. Dies muss so bleiben. Es muss sichergestellt werden, dass die Straßen in der Innenstadt weiterhin ihren Zweck im innerstädtischen Verkehrssystem erfüllen können. Auswirkungen von Verkehrsberuhigungen müssen regelmäßig gemonitort werden. Die ansässigen Geschäftsleute sollten in die Abfrage

einbezogen werden, um die mittel- und langfristigen wirtschaftlichen Folgen abschätzen und negative Auswirkungen vermeiden zu können. Eine weitere Einschränkung der Befahrbarkeit und Haltemöglichkeit für den motorisierten Verkehr, insbesondere innerhalb der üblichen Geschäftszeiten, können die Gewerbetreibenden nicht akzeptieren.

Sicherheit und Sauberkeit in der Innenstadt stärken

Insbesondere das subjektive Sicherheitsgefühl und die Sauberkeit der Straßen in der Innenstadt und in den Ortszentren sind von Bedeutung, um die Innenstadt und die Stadtteilzentren als Visitenkarte des Wirtschaftsstandorts zu stärken. Dazu bedarf es kurzer Reinigungsintervalle und eines gut ausgestatteten kommunalen Ordnungsdienstes. Insbesondere die Lage rund um die Stadthalle bleibt – trotz Verbesserungen – zu beobachten. Wenn ein derart exponierter Platz durch Drogenkonsum und Beschaffungskriminalität abgewertet wird, hat dies einen Impact auf die gesamte Innenstadt.

Aktives Leerstandsmanagement erforderlich

Das Leerstandsmanagement sollte in Abstimmung mit den örtlichen Immobilienmaklern professionalisiert werden. Immobilieneigner sollten aktiv in den Prozess mit eingebunden werden, leerstehende Immobilien für eine zukünftige Nutzung attraktiv zu gestalten. Dabei ist es wichtig, dass Monokulturen vermieden werden.

Erlebnisse schaffen – junge Menschen in die Innenstadt bringen

Eine Aufwertung wird der Handel vor allem dann erhalten, wenn Erlebnisse geschaffen werden – zum Beispiel in Form von Veranstaltungen. Dies wird insbesondere dazu führen, dass auch jüngere Menschen in der Innenstadt konsumieren. Beim Vorhaben, Gewerbeflächen in Erdgeschoss umzunutzen, präferieren wir Pop-up-Stores, Alternativnutzungen (Mixed Use), Shared Spaces, Kulturzentren und ähnliches. Ein unbürokratischer Umgang der Kommune mit Nutzungsänderungsanträgen für Komplementärnutzungen kann Abhilfe schaffen. Es muss zudem viel Überzeugungsarbeit bei den Eigentümern geleistet werden, und man sollte diese in den Planungsprozess einbeziehen.

Werbegemeinschaften und Immobilien- und Standortgemeinschaften unterstützen

Insbesondere die Arbeit von Werbegemeinschaften und Gewerbevereinen sollte in den Bereichen Organisation, Marketingaktivitäten, Stadtfeste und Aktionen stärker unterstützt werden. Diese Wertschätzung beschränkt sich nicht nur auf den Handel, sondern sollte die Immobilieneigentümer einschließen. Wir empfehlen den Kommunen, partnerschaftlich mit Immobilien- und Standortgemeinschaften zusammenzuarbeiten.

Erreichbarkeit der Innenstädte und Ortszentren sicherstellen

Die Innenstadt muss sowohl mit dem Pkw und mit öffentlichen Verkehrsmitteln als auch für den übrigen Individualverkehr erreichbar sein. Umweltzonen, Lärmschutzborgaben und

Parkgebühren dürfen die Kunden nicht von den Innenstädten fernhalten. Die ÖPNV-Verbindungen müssen so gestaltet sein, dass die Innenstadt und Ortszentren problemlos erreicht werden können.

Für das Hauptverkehrsmittel Auto müssen ausreichende und intelligente Parkraumkonzepte entwickelt werden. Dabei sollte die Qualität des Parkplatzangebots mit den Parkgebühren im Einklang stehen. Parksuchverkehre sollten durch digitale Parkleitsysteme minimiert werden. Auch für die übrigen Verkehrsteilnehmer ist die bequeme und sichere Erreichbarkeit der Innenstädte von großer Bedeutung. Fahrradfreundlichkeit und Barrierefreiheit sind wichtige Kriterien für die Stadt- und Verkehrsplanung. Damit geht ein Konzept für Fahrradparkplätze einher.

Nutzung flexibler gestalten

Die Leerstandsquote in Neuss ist hoch. Deshalb sollte zeitnah diskutiert werden, welche Bereiche in der Neusser Innenstadt weiterhin ausschließlich dem Handel zur Verfügung stehen sollten und in welchen Bereichen perspektivisch alternative Nutzungen ermöglicht werden könnten. Diese Debatte sollte gemeinsam mit dem Handel und der Immobilienwirtschaft geführt werden. Priorität sollte weiter auf einer Nutzung durch Gewerbe gelegt werden.

Entwicklung einer Vision für Neuss

Unter Federführung der Neusser Wirtschaft – aber auch unter Beteiligung von weiteren gesellschaftlichen Gruppen sowie von Verwaltung und Politik – soll eine Vision für die Innenstadt erarbeitet werden. Alle innenstadtpolitischen Maßnahmen sollten anschließend auf diese Vision einzahlen.



Bildung und Fachkräfte

Duale Ausbildung stärken

Alle Akteure sollen für das Erfolgsmodell der dualen Ausbildung werben. Dabei werden sowohl leistungsstarken als auch praxisbegabten Schülern und Schülerinnen gezielt die Vorteile der beruflichen Bildung aufgezeigt. Die Berufsorientierung soll flächendeckend in allen Schulformen und konsequent in den Unterricht integriert stattfinden.

Wirtschaft und Arbeitsleben als fester Themenbestandteil in den Schulalltag integrieren

Wirtschaft und Arbeitsleben müssen als Themen fest in den Schulalltag integriert werden. Hospitationen der Lehrer und Lehrerinnen in Unternehmen sind hilfreich, um praxisnahe Informationen zu aktuellen Entwicklungen vermitteln zu können. Kommunale Akteure können dabei vermitteln und gestalten.

Investitionen in Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann zu mehr Beschäftigung und Unternehmertum führen. Es gilt, das Betreuungsangebot für Kinder nochmals auszuweiten (Kindertagesstätten), die Nachmittags- und Ferienbetreuung für Schulkinder auszubauen, beim Thema Pflege Freiraum für flexible, individuelle Lösungen zu schaffen sowie Informationen anzubieten, um die Familienpflegezeit stärker zu etablieren.